

Die Präsidentschaftswahlen 2025 in der Côte d'Ivoire und Kamerun in der deutschsprachigen Presse: Zwischen Eurozentrismus, Fernjournalismus und verfassungsrechtlicher Instrumentalisierung

KOUAKOU Sylvestre

Assistant

Enseignant-Chercheur

Université Alassane Ouattara, Bouaké (Côte d'Ivoire)

Département d'Études Germaniques

kaskouakou@outlook.de

Zusammenfassung: Dieser Beitrag untersucht die Darstellung der Präsidentschaftswahlen 2025 in der Côte d'Ivoire und Kamerun in ausgewählten deutschsprachigen Medien. Im Fokus stehen die Kandidaturen der amtierenden Präsidenten Alassane Ouattara, Paul Biya und die der Opposition sowie die damit verbundenen politischen und verfassungsrechtlichen Kontroversen. Die Analyse basiert auf einer qualitativen Diskursanalyse von Artikeln aus führenden deutschsprachigen Medien und wird durch postkoloniale und medienkritische Ansätze theoretisch fundiert. Die Ergebnisse zeigen, dass die Berichterstattung durch strukturelle Verzerrungen geprägt ist, insbesondere durch den sogenannten Journalismus der Ferne und eurozentrische Deutungsmuster. Während ersterer zu faktischen Ungenauigkeiten und Kontextverlust führt, basiert letzterer auf impliziten normativen Vorstellungen westlicher Demokratie. Gleichzeitig offenbaren die politischen Entwicklungen vor Ort eine komplexe Dynamik zwischen Verfassungsrecht, Machtkonsolidierung und gesellschaftlicher Legitimität.

Schlüsselwörter: Wahlen, Medienanalyse, Eurozentrismus, Demokratie, Verfassung

The 2025 Presidential Elections in Côte d'Ivoire and Cameroon in the German-Language Press: Between Eurocentrism, Remote Journalism, and Constitutional Instrumentalization

Abstract: This article examines the portrayal of the 2025 presidential elections in Côte d'Ivoire and Cameroon in selected German-language media outlets. The focus is on the candidacies of incumbent presidents Alassane Ouattara, Paul Biya, and the opposition, as well as the political and constitutional controversies associated with them. The analysis is based on a qualitative discourse analysis of articles from leading German-language media and is theoretically grounded in postcolonial and media-critical approaches. The findings show that the reporting is shaped by structural distortions, particularly through so-called journalism of outrage and Eurocentric patterns of interpretation. While the former is based on factual inaccuracies and loss of context, the latter relies on implicit normative assumptions of Western democracy. At the same time, political developments in Côte d'Ivoire reveal a complex dynamic between constitutional law, the consolidation of power, and societal legitimacy.

Keywords: Elections, media, Eurocentrism, democracy, constitution

KOUAKOU Sylvestre

Die Präsidentschaftswahlen 2025 in der Côte d'Ivoire und Kamerun in der deutschsprachigen Presse: Zwischen Eurozentrismus, Fernjournalismus und verfassungsrechtlicher Instrumentalisierung

Les élections présidentielles de 2025 en Côte d'Ivoire et au Cameroun dans la presse germanophone : entre eurocentrisme, journalisme à distance et instrumentalisation constitutionnelle

Résumé : Cet article examine la représentation des élections présidentielles de 2025 en Côte d'Ivoire et au Cameroun dans un corpus de médias germanophones sélectionnés. L'accent est mis sur les candidatures des présidents en exercice, Alassane Ouattara et Paul Biya, ainsi que sur celles de l'opposition, de même que sur les controverses politiques et constitutionnelles qui leur sont associées. L'analyse repose sur une approche qualitative de l'analyse du discours appliquée à des articles issus de médias germanophones de référence et s'appuie sur des perspectives théoriques postcoloniales et critiques des médias. Les résultats montrent que la couverture médiatique est marquée par des biais structurels, notamment par ce que l'on peut qualifier de « journalisme à distance » ainsi que par des schémas d'interprétation eurocentriques. Le premier conduit à des inexactitudes factuelles et à une perte de contextualisation, tandis que le second repose sur des conceptions normatives implicites de la démocratie occidentale. Par ailleurs, les évolutions politiques observées sur le terrain révèlent une dynamique complexe entre le droit constitutionnel, la consolidation du pouvoir et la légitimité sociopolitique.

Mots-clés : Élections, médias, eurocentrisme, démocratie, constitution

Einleitung

Die Präsidentschaftswahlen des Jahres 2025 in Côte d'Ivoire und Kamerun stellen einen zentralen politischen Moment dar, der sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene intensive Aufmerksamkeit hervorruft. Diese Wahlen sind nicht nur als reguläre politische Ereignisse zu verstehen, sondern spiegeln grundlegende Spannungen wider, die sich aus dem Verhältnis zwischen politischer Macht, institutionellen Strukturen und verfassungsrechtlichen Regelungen ergeben. Im Mittelpunkt stehen dabei die amtierenden Präsidenten Alassane Ouattara und Paul Biya, deren erneute Kandidaturen kontroverse Debatten ausgelöst haben.

Während Alassane Ouattara seit 2010 die Côte d'Ivoire regiert und eine weitere Amtszeit anstrebt, befindet sich Paul Biya seit 1982 an der Spitze des kamerunischen Staates und gehört damit zu den am längsten amtierenden Staatshäuptern weltweit. Beide Fälle werfen zentrale Fragen im Hinblick auf die Begrenzung politischer Macht, die Rolle von Verfassungen sowie die Funktionsweise demokratischer Prozesse auf. Insbesondere die wiederholten Kandidaturen amtierender Präsidenten stehen im Zentrum politischer Auseinandersetzungen und werden sowohl von oppositionellen Akteuren als auch von Teilen der Bevölkerung kritisch hinterfragt.

Diese Entwicklungen haben in der deutschsprachigen Presse ein breites Echo gefunden. Medien wie die *Neue Zürcher Zeitung*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Die Zeit* und die *taz* berichten regelmäßig über die politischen Prozesse in Côte d'Ivoire und Kamerun und heben dabei insbesondere Aspekte wie die Rolle der Justiz, die Bedingungen politischer Konkurrenz sowie die Einhaltung verfassungsrechtlicher Vorgaben hervor. In vielen Berichten wird die politische Situation

als angespannt beschrieben, wobei insbesondere die Ausschlüsse oppositioneller Kandidaten und die Verlängerung von Amtszeiten im Mittelpunkt stehen.

Gleichzeitig zeigt sich, dass die mediale Darstellung dieser politischen Prozesse häufig durch bestimmte Perspektiven geprägt ist. Die Berichterstattung konzentriert sich stark auf Konflikte und problematische Entwicklungen, während komplexe institutionelle und gesellschaftliche Zusammenhänge teilweise nur verkürzt dargestellt werden. Politische Entscheidungen erscheinen dabei häufig als strategische Maßnahmen zur Sicherung von Macht, ohne dass ihre rechtlichen oder historischen Hintergründe umfassend erläutert werden.

Ein weiterer zentraler Aspekt betrifft die Darstellung politischer Akteure. Präsidenten wie Alassane Ouattara und Paul Biya werden häufig in einem stark personalisierten Rahmen beschrieben, der ihre Rolle als zentrale Entscheidungsträger hervorhebt. Gleichzeitig werden oppositionelle Akteure vor allem im Kontext von Ausschlüssen oder Protesten dargestellt, wodurch ein Bild entsteht, das stark auf Konfliktlinien fokussiert ist.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die politischen Entwicklungen in Côte d'Ivoire und Kamerun in der deutschsprachigen Presse dargestellt werden und welche Schwerpunkte dabei gesetzt werden. Von besonderem Interesse ist dabei, inwiefern die Berichterstattung die Komplexität der politischen Prozesse widerspiegelt oder ob sie diese auf bestimmte Narrative reduziert.

Der vorliegende Beitrag geht dieser Frage nach, indem er die mediale Darstellung der Präsidentschaftswahlen 2025 in Côte d'Ivoire und Kamerun analysiert. Dabei wird insbesondere untersucht, wie politische Akteure, institutionelle Prozesse und gesellschaftliche Reaktionen dargestellt werden und welche Deutungsmuster die Berichterstattung prägen. Ziel ist es, ein differenziertes Bild der medialen Darstellung zu zeichnen und ihre zentralen Charakteristika herauszuarbeiten.

1. Theoretischer Rahmen: Medien, Macht und postkoloniale Perspektiven

Die Analyse der medialen Darstellung politischer Prozesse in Côte d'Ivoire und Kamerun erfordert eine theoretische Rahmung, die sowohl die Bedingungen der Wissensproduktion als auch die Spezifik politischer Ordnungen in postkolonialen Kontexten berücksichtigt. Medien fungieren nicht lediglich als neutrale Vermittler von Informationen, sondern als zentrale Akteure in der Konstruktion sozialer und politischer Wirklichkeit. Gleichzeitig sind politische Institutionen und Praktiken in afrikanischen Staaten durch historische, koloniale und postkoloniale Dynamiken geprägt, die sich nicht ohne Weiteres mit westlichen Modellen vergleichen lassen. Vor diesem Hintergrund verbindet der vorliegende Beitrag Ansätze der postkolonialen Theorie mit Perspektiven der kritischen Medienanalyse.

1.1. Medien als Konstrukteure politischer Realität

Ein grundlegender Ausgangspunkt der Analyse ist die Annahme, dass Medien Realität nicht einfach abbilden, sondern aktiv konstruieren. Diese konstruktivistische Perspektive geht davon aus, dass Ereignisse erst durch ihre Darstellung Bedeutung erhalten. Medienberichte strukturieren politische Wirklichkeit, indem sie bestimmte Aspekte hervorheben, andere ausblenden und Ereignisse in spezifische narrative Zusammenhänge einordnen.

Im Kontext der Berichterstattung über die Präsidentschaftswahlen in Côte d'Ivoire und Kamerun wird dies besonders deutlich. Politische Entscheidungen wie der Ausschluss von Kandidaten oder die Interpretation von Verfassungsbestimmungen erscheinen nicht als isolierte Ereignisse, sondern werden in größere Deutungsrahmen eingebettet, die ihre Bedeutung prägen. Begriffe wie „Instrumentalisierung der Justiz“ oder „Ausschluss statt Konkurrenz“ sind dabei nicht neutral, sondern tragen aktiv zur Konstruktion eines bestimmten Verständnisses der politischen Situation bei.

Diese Perspektive macht deutlich, dass Medienberichte nicht nur Informationen liefern, sondern auch Bewertungen und Interpretationen transportieren. Die Auswahl von Themen, die Gewichtung von Ereignissen und die sprachliche Gestaltung von Texten sind zentrale Elemente dieser Bedeutungsproduktion.

1.2. Repräsentation und eurozentrische Deutungsmuster

Die Frage, wie politische Realität dargestellt wird, ist eng mit der Problematik der Repräsentation verbunden. Edward Said hat in seiner Analyse gezeigt, dass westliche Darstellungen nicht-westlicher Gesellschaften häufig durch asymmetrische Machtverhältnisse geprägt sind (E. Said, 1978, S. 3). Diese Darstellungen sind nicht neutral, sondern reproduzieren bestimmte Bilder und Vorstellungen, die den „Anderen“ in einer spezifischen Weise konstruieren.

Im Kontext der Berichterstattung über afrikanische Staaten äußert sich dies häufig in eurozentrischen Deutungsmustern. Politische Entwicklungen werden anhand von Maßstäben bewertet, die sich an westlichen Demokratien orientieren. Begriffe wie „nicht gefestigte Demokratie“ implizieren ein normatives Modell, das als universell gültig vorausgesetzt wird.

Diese Perspektive führt dazu, dass politische Systeme primär im Hinblick auf ihre Abweichung von diesem Ideal bewertet werden. Komplexe institutionelle und gesellschaftliche Dynamiken werden dabei häufig auf Defizite reduziert. Gleichzeitig bleiben alternative Formen politischer Organisation und Legitimation weitgehend unberücksichtigt.

Ein solcher Ansatz birgt die Gefahr, politische Realität zu vereinfachen und spezifische Kontexte auszublenden. Die Analyse der Berichterstattung zeigt, dass diese eurozentrischen Perspektiven häufig implizit bleiben und nicht reflektiert werden.

1.3. Postkoloniale Staatlichkeit und die Rolle von Verfassungen

Um die politischen Entwicklungen in Côte d'Ivoire und Kamerun angemessen zu verstehen, ist es notwendig, die spezifischen Bedingungen postkolonialer Staatlichkeit zu berücksichtigen. Achille Mbembe argumentiert, dass politische Macht in postkolonialen Kontexten durch eine komplexe Wechselwirkung von formalen Institutionen und informellen Praktiken geprägt ist (A. Mbembe, 2001, S. 24).

In diesem Zusammenhang erscheint die Verfassung nicht ausschließlich als stabiles und unveränderliches Regelwerk, sondern als ein dynamisches Instrument, das im politischen Prozess interpretiert und angepasst wird. Verfassungsänderungen oder -interpretationen sind daher nicht notwendigerweise Ausdruck institutioneller Schwäche, sondern Teil politischer Aushandlungsprozesse.

Die wiederholten Kandidaturen von Präsidenten wie Alassane Ouattara und Paul Biya lassen sich vor diesem Hintergrund als Ausdruck spezifischer politischer Rationalitäten interpretieren. Während aus einer normativen Perspektive die Begrenzung von Amtszeiten als zentraler Bestandteil demokratischer Systeme gilt, können in anderen Kontexten Aspekte wie Stabilität, Kontinuität und Sicherheit eine größere Rolle spielen.

Diese Perspektive bedeutet jedoch nicht, dass normative Fragen irrelevant sind. Vielmehr ermöglicht sie eine differenziertere Analyse, die sowohl die politischen Interessen der Akteure als auch die institutionellen Rahmenbedingungen berücksichtigt.

1.4. Medienstrukturen und selektive Wahrnehmung

Neben der Frage der Repräsentation spielt auch die strukturelle Organisation von Medien eine entscheidende Rolle. Noam Chomsky weist darauf hin, dass Medien durch eine Reihe von strukturellen Faktoren geprägt sind, die beeinflussen, welche Themen behandelt werden und wie sie dargestellt werden (N. Chomsky, 1988, S. 2).

Diese Faktoren umfassen unter anderem:

- die Auswahl von Informationsquellen
- redaktionelle Routinen
- institutionelle und ökonomische Rahmenbedingungen

Im Kontext der Berichterstattung über Afrika führt dies häufig zu einer selektiven Wahrnehmung politischer Realität. Ereignisse, die sich leicht in bestehende Narrative einfügen, werden stärker hervorgehoben, während komplexere oder weniger spektakuläre Entwicklungen weniger Beachtung finden.

Ein Beispiel hierfür ist die starke Fokussierung auf einzelne politische Akteure, insbesondere auf Präsidenten. Diese Personalisierung vereinfacht die Darstellung, da komplexe politische Prozesse auf individuelle Entscheidungen reduziert werden können. Gleichzeitig führt sie jedoch dazu, dass institutionelle und gesellschaftliche Faktoren in den Hintergrund treten.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Abhängigkeit von sekundären Quellen. Da viele Journalisten nicht vor Ort recherchieren, sind sie auf Informationen aus Agenturen oder anderen Medien angewiesen. Dies kann zu einer Reproduktion bestehender Narrative führen und die Vielfalt der Perspektiven einschränken.

1.5. Wechselwirkung von Medien und politischer Legitimität

Die theoretischen Ansätze verdeutlichen, dass Medien nicht nur Beobachter politischer Prozesse sind, sondern aktiv an deren Gestaltung beteiligt sind. Die Art und Weise, wie politische Ereignisse dargestellt werden, beeinflusst die Wahrnehmung von Legitimität und kann somit selbst Teil politischer Dynamiken werden.

In diesem Zusammenhang kann die Berichterstattung sowohl zur Stabilisierung als auch zur Delegitimierung politischer Akteure beitragen. Eine Darstellung, die bestimmte Handlungen als illegitim oder problematisch charakterisiert, kann dazu führen, dass diese auch international kritisch

bewertet werden. Gleichzeitig kann eine vereinfachte Darstellung komplexer Prozesse dazu beitragen, bestehende Machtverhältnisse zu reproduzieren.

Diese Wechselwirkung zeigt, dass Medienanalyse nicht nur ein Instrument zur Untersuchung von Berichterstattung ist, sondern auch einen Zugang zum Verständnis politischer Prozesse bietet.

1.6. Analytische Konsequenzen für die vorliegende Studie

Die Kombination der dargestellten theoretischen Perspektiven ermöglicht eine differenzierte Analyse der Berichterstattung über die Präsidentschaftswahlen 2025 in Côte d'Ivoire und Kamerun. Sie macht deutlich, dass Medienberichte sowohl durch strukturelle Bedingungen als auch durch spezifische Deutungsmuster geprägt sind.

Gleichzeitig erlaubt dieser Ansatz, die politischen Entwicklungen nicht ausschließlich normativ zu bewerten, sondern im Kontext ihrer jeweiligen Bedingungen zu analysieren. Dies ist insbesondere wichtig, um die Wechselwirkungen zwischen Medien, Politik und gesellschaftlicher Wahrnehmung zu verstehen.

Auf dieser Grundlage können sowohl die Stärken als auch die Grenzen der deutschsprachigen Berichterstattung sichtbar gemacht werden. Der theoretische Rahmen dient somit als analytisches Instrument, um die Komplexität der untersuchten Prozesse angemessen zu erfassen.

2. Methoden

Die vorliegende Untersuchung basiert auf einem qualitativen, interpretativen Forschungsansatz, der sich im Schnittpunkt von Medienanalyse und Diskursanalyse verortet. Ziel ist es, die Darstellung der Präsidentschaftswahlen 2025 in der Côte d'Ivoire und in Kamerun in ausgewählten deutschsprachigen Medien zu analysieren und dabei zentrale Deutungsmuster herauszuarbeiten.

2.1. Forschungsansatz

Methodisch stützt sich die Studie auf eine qualitative Diskursanalyse. Diskurse werden dabei als Systeme von Aussagen verstanden, die politische Realität nicht nur abbilden, sondern aktiv konstruieren. Im Fokus steht somit die Frage, wie politische Ereignisse sprachlich dargestellt und bewertet werden.

Untersucht werden insbesondere:

- dominante Narrative in der Berichterstattung
- Darstellung politischer Akteure
- normative Bewertungen von Demokratie und Legitimität
- mögliche eurozentrische Perspektiven

2.2. Korpus und Auswahl

Das Korpus umfasst ausgewählte Beiträge aus führenden deutschsprachigen Medien, darunter die *Neue Zürcher Zeitung*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Die Zeit*, die *taz* sowie öffentlich-rechtliche Medien.

Die Auswahl erfolgte nach folgenden Kriterien:

- thematische Relevanz (Bezug zu den Wahlen 2025)
- zeitliche Eingrenzung (Publikationen im Jahr 2025)
- mediale Bedeutung (meinungsbildende Leitmedien)

Die Studie verfolgt keine statistische Repräsentativität, sondern eine qualitative Tiefenanalyse ausgewählter Texte.

2.3. Analytisches Vorgehen

Die Analyse erfolgt anhand zentraler Kategorien, die aus dem theoretischen Rahmen und dem Material abgeleitet wurden:

- Darstellung politischer Akteure
- Interpretation politischer Prozesse
- normative Bewertungen
- Perspektive der Berichterstattung (lokal vs. extern)

Zentrale Textstellen werden dabei exemplarisch analysiert. So zeigt etwa die Aussage „Die Côte d'Ivoire ist keine gefestigte Demokratie“ (Z. Baches, 2025) eine normative Bewertung, während Berichte über den Ausschluss von Tidjane Thiam politische und juristische Deutungen miteinander verknüpfen (S. Misteli, 2025).

3. Die Darstellung der Präsidentschaftswahlen in der Côte d'Ivoire und in Kamerun

3.1. Die Darstellung der Präsidentschaftswahlen in der Côte d'Ivoire

Die Berichterstattung der deutschsprachigen Medien über die Präsidentschaftswahlen 2025 in der Côte d'Ivoire ist in hohem Maße durch eine problemorientierte Perspektive geprägt. Im Zentrum steht dabei die Frage nach der demokratischen Qualität des politischen Systems sowie die Rolle staatlicher Institutionen im Wahlprozess.

Ein zentrales Narrativ betrifft den Ausschluss oppositioneller Kandidaten, insbesondere Tidjane Thiam. Dieser wird in mehreren Medien als ein entscheidender Eingriff in den politischen Wettbewerb interpretiert. So berichtet die *Neue Zürcher Zeitung*, dass ein Gericht entschieden habe, „der 62-jährige Thiam werde [...] aus dem Wahlregister [...] gestrichen“ (S. Misteli, 2025).

Diese Darstellung bettet eine juristische Entscheidung in einen politischen Deutungsrahmen ein und impliziert, dass institutionelle Verfahren möglicherweise strategisch genutzt werden, um politische Konkurrenz zu kontrollieren.

Diese Interpretation wird durch weitere Medienberichte verstärkt. Zoé Baches argumentiert, dass „die Côte d'Ivoire [...] keine gefestigte Demokratie“ sei (Z. Baches, 2025). Diese Aussage ist analytisch besonders relevant, da sie eine normative Bewertung darstellt, die auf einem spezifischen Demokratieverständnis basiert. Implizit wird dabei ein Maßstab angelegt, der sich an westlichen demokratischen Systemen orientiert, ohne die spezifischen historischen und institutionellen Bedingungen der Côte d'Ivoire vollständig zu berücksichtigen.

Auch andere Medien greifen die Problematik der politischen Konkurrenz auf. Dominic Johnson spricht in diesem Zusammenhang von einem „Ausschluss statt Konkurrenz“ (D. Johnson, 2025). Diese Formulierung verdichtet die Berichterstattung zu einer klaren Deutung: Wahlen erscheinen nicht als offener Wettbewerb, sondern als kontrollierter Prozess, in dem zentrale Akteure systematisch ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus wird die Rolle des Präsidenten Alassane Ouattara kritisch reflektiert. Mehrere Medienberichte thematisieren seine Entscheidung, erneut zu kandidieren, obwohl dies von Teilen der Opposition als verfassungswidrig angesehen wird. *Die Zeit* berichtet beispielsweise über Proteste gegen eine „vierte, verfassungswidrige Amtszeit“ (Die Zeit, 2025).

Diese Darstellung verweist auf eine zentrale Konfliktlinie innerhalb der ivoirischen Gesellschaft: die unterschiedliche Interpretation der Verfassung und ihrer Anwendung im politischen Kontext.

Gleichzeitig wird deutlich, dass die Berichterstattung häufig eine verkürzte Darstellung komplexer politischer Prozesse liefert. So wird die Verfassungsänderung von 2016, die von der Regierung als Beginn einer „Dritten Republik“ interpretiert wird, in den Medien meist nur am Rande erwähnt oder nicht ausreichend kontextualisiert. Dadurch entsteht ein Bild, in dem die politische Strategie der Regierung primär als Machtkonsolidierung erscheint, ohne die zugrunde liegenden rechtlichen Argumentationslinien vollständig darzustellen.

Ein weiterer zentraler Aspekt der Berichterstattung betrifft die Darstellung gesellschaftlicher Reaktionen. Proteste gegen die Kandidatur Ouattaras werden häufig als Ausdruck demokratischen Widerstands interpretiert. Gleichzeitig wird jedoch selten differenziert zwischen verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Opposition oder zwischen urbanen und ländlichen Perspektiven.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die deutschsprachige Berichterstattung über die Côte d'Ivoire von einer starken Fokussierung auf Konflikte und institutionelle Defizite geprägt ist. Diese Perspektive ermöglicht zwar eine kritische Analyse politischer Entwicklungen, führt jedoch gleichzeitig zu einer Reduktion der Komplexität des politischen Systems.

3.2. Die Darstellung der Präsidentschaftswahlen in Kamerun

Im Gegensatz zur Côte d'Ivoire ist die Berichterstattung über Kamerun noch stärker personalisiert und konzentriert sich nahezu ausschließlich auf die Figur des Präsidenten Paul Biya. Diese

Fokussierung führt dazu, dass strukturelle und institutionelle Aspekte des politischen Systems häufig in den Hintergrund treten.

Ein zentrales Element der Berichterstattung ist das hohe Alter des Präsidenten sowie seine außergewöhnlich lange Amtszeit. Mehrere Medien betonen, dass Paul Biya mit 92 Jahren als ältester amtierender Staatschef der Welt gilt und seit 1982 an der Macht ist (I. Eric, 2025).

Diese Darstellung dient häufig als Ausgangspunkt für eine grundsätzliche Kritik an der politischen Situation in Kamerun. Die lange Amtszeit wird dabei nicht nur als individuelles Merkmal, sondern als Symptom eines stagnierenden politischen Systems interpretiert.

Darüber hinaus wird die politische Dynamik in Kamerun häufig als von einer schwachen und fragmentierten Opposition geprägt beschrieben. Medienberichte weisen darauf hin, dass die Opposition Schwierigkeiten hat, sich zu organisieren und eine kohärente Alternative zur Regierung zu präsentieren. Gleichzeitig wird argumentiert, dass die Regierung aktiv zur Fragmentierung der Opposition beiträgt.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Darstellung der gesellschaftlichen Perspektive, insbesondere der jüngeren Generation. So wird berichtet, dass viele junge Menschen mit der politischen Situation unzufrieden sind und einen Wandel fordern. Diese Perspektive wird häufig exemplarisch dargestellt, etwa durch die Erwähnung von Aktivistinnen wie Adeline Tsopgni (I. Eric, 2025).

Neben diesen inhaltlichen Aspekten fällt auf, dass die Berichterstattung über Kamerun häufig mit stark normativen Begriffen arbeitet. Begriffe wie „Gerontokratie“ oder „Langzeitherrscher“ strukturieren die Darstellung und tragen zu einer moralischen Bewertung der politischen Situation bei.

Gleichzeitig wird die Rolle institutioneller Faktoren, wie etwa der Verfassung oder des Wahlsystems, weniger detailliert analysiert als im Fall der Côte d'Ivoire. Stattdessen dominiert eine personalisierte Perspektive, die die politische Realität stark auf die Figur des Präsidenten reduziert.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Darstellung internationaler Perspektiven. Medienberichte verweisen häufig auf internationale Kritik an der politischen Situation in Kamerun sowie auf Bedenken hinsichtlich der demokratischen Entwicklung des Landes. Diese Perspektiven werden jedoch selten mit lokalen Sichtweisen kontrastiert.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Berichterstattung über Kamerun durch eine starke Personalisierung und eine normative Bewertung der politischen Situation geprägt ist. Während dies eine klare und verständliche Darstellung ermöglicht, führt es gleichzeitig zu einer Vereinfachung komplexer politischer Zusammenhänge.

4. Kritik der Berichterstattung: Zwischen Journalismus der Ferne und Eurozentrismus

Die Analyse der deutschsprachigen Berichterstattung über die Präsidentschaftswahlen 2025 in Côte d'Ivoire und Kamerun zeigt, dass diese nicht nur durch inhaltliche Schwerpunktsetzungen, sondern auch durch strukturelle und epistemische Verzerrungen geprägt ist. Zwei zentrale

Problemdimensionen lassen sich dabei identifizieren: der sogenannte Journalismus der Ferne sowie eurozentrische Deutungsmuster.

4.1. Journalismus der Ferne als strukturelles Problem

Ein zentrales Merkmal der untersuchten Berichterstattung ist die räumliche und epistemische Distanz zwischen den berichtenden Journalisten und den analysierten politischen Kontexten. Viele Beiträge entstehen nicht vor Ort, sondern in europäischen Redaktionen, was erhebliche Auswirkungen auf die Qualität und Tiefe der Berichterstattung hat.

Diese Form des Journalismus der Ferne führt zunächst zu faktischen Ungenauigkeiten. So findet sich in einem Beitrag von *Die Zeit* eine fehlerhafte Bezeichnung der ivoirischen Oppositionspartei PPA-CI als „PPA-CL“ (Die Zeit, 2025). Ein solcher Fehler mag auf den ersten Blick marginal erscheinen, verweist jedoch auf ein grundlegendes Problem: mangelnde Vertrautheit mit lokalen politischen Strukturen.

Ein weiteres Beispiel betrifft die ungenaue Angabe des Alters von Alassane Ouattara in einem Beitrag der *taz*, in dem dieser als 85 Jahre alt beschrieben wird, obwohl er zum Zeitpunkt der Berichterstattung 83 Jahre alt ist (D. Johnson, 2025). Auch hier zeigt sich, dass grundlegende Fakten nicht präzise überprüft wurden.

Diese Ungenauigkeiten sind jedoch nicht nur individuelle Fehler, sondern Ausdruck struktureller Bedingungen journalistischer Produktion. Wie Chomsky hervorhebt, ist Medienproduktion durch institutionelle und ökonomische Rahmenbedingungen geprägt, die die Qualität der Berichterstattung beeinflussen (N. Chomsky, 1988, S. 15). Zeitdruck, Ressourcenmangel und die Abhängigkeit von sekundären Quellen führen dazu, dass komplexe politische Realitäten vereinfacht oder verzerrt dargestellt werden.

Neben faktischen Fehlern führt der Journalismus der Ferne auch zu einem Verlust an Kontextualisierung. Politische Entscheidungen werden häufig isoliert dargestellt, ohne ihre historischen, sozialen oder institutionellen Hintergründe ausreichend zu berücksichtigen. So wird etwa der Ausschluss von Tidjane Thiam primär als politisches Manöver interpretiert, ohne die rechtlichen Argumentationslinien im Detail zu analysieren.

Im Gegensatz dazu zeigt die Berichterstattung der *Deutschen Welle*, die auf lokale Korrespondenten zurückgreift, eine höhere faktische Genauigkeit und Kontextsensibilität (Deutsche Welle, 2025). Dies unterstreicht die Bedeutung lokaler Expertise für eine differenzierte Berichterstattung.

4.2. Eurozentrismus und normative Verzerrungen

Neben strukturellen Problemen weist die Berichterstattung auch deutliche normative Verzerrungen auf, die sich im Sinne eines eurozentrischen Blicks interpretieren lassen. Dieser Eurozentrismus äußert sich insbesondere in der Anwendung westlicher Demokratievorstellungen auf afrikanische politische Kontexte.

Ein prägnantes Beispiel hierfür ist die Aussage, die Côte d'Ivoire sei „keine gefestigte Demokratie“ (Z. Baches, 2025). Diese Bewertung basiert implizit auf einem normativen Modell von Demokratie,

das universell angewendet wird, ohne die spezifischen historischen und institutionellen Bedingungen des Landes zu berücksichtigen.

Edward Said hat gezeigt, dass solche Darstellungen Teil eines größeren diskursiven Musters sind, in dem der „Andere“ aus einer westlichen Perspektive konstruiert wird (E. Said, 1978, S. 3). In diesem Kontext erscheinen afrikanische politische Systeme häufig als defizitär oder unvollständig im Vergleich zu westlichen Normen.

Auch die Darstellung politischer Akteure ist von solchen Mustern geprägt. Präsidenten wie Paul Biya werden häufig als „Langzeitherrscher“ oder Vertreter einer „Gerontokratie“ beschrieben. Diese Begriffe tragen eine starke normative Konnotation und reduzieren komplexe politische Realitäten auf moralische Bewertungen.

Dabei wird häufig übersehen, dass politische Stabilität, Machtkontinuität und institutionelle Flexibilität in vielen afrikanischen Kontexten unterschiedliche Funktionen erfüllen können. Mbembe argumentiert, dass Macht in postkolonialen Gesellschaften nicht ausschließlich durch institutionelle Regeln strukturiert ist, sondern durch komplexe soziale und historische Prozesse (A. Mbembe, 2001, S. 24).

Ein weiterer Aspekt des Eurozentrismus betrifft das Verständnis von Verfassungsrecht. In der Berichterstattung wird die Veränderung von Verfassungen häufig als Zeichen demokratischer Erosion interpretiert. Dabei wird jedoch selten berücksichtigt, dass Verfassungen in vielen politischen Systemen Gegenstand kontinuierlicher Aushandlungsprozesse sind.

So wird etwa die Argumentation Ouattaras, dass die Verfassungsreform von 2016 eine neue politische Ordnung („Dritte Republik“) begründet habe, in den Medien meist als strategisches Manöver dargestellt, ohne die rechtlichen und politischen Implikationen dieser Interpretation im Detail zu analysieren.

4.3. Wechselwirkung beider Problemdimensionen

Die beiden identifizierten Problemdimensionen – Journalismus der Ferne und Eurozentrismus – sind eng miteinander verknüpft. Die räumliche Distanz verstärkt die Tendenz, auf vereinfachende Deutungsmuster zurückzugreifen, während eurozentrische Perspektiven die Interpretation der verfügbaren Informationen prägen.

Diese Wechselwirkung führt dazu, dass die Berichterstattung zwar kritisch ist, jedoch häufig nicht ausreichend differenziert. Komplexe politische Prozesse werden auf einfache Narrative reduziert, die sich leicht in bestehende Diskursmuster einfügen.

Gleichzeitig bedeutet diese Kritik nicht, dass die in den Medien dargestellten Probleme unbegründet sind. Fragen nach demokratischer Legitimität, institutioneller Unabhängigkeit und politischer Konkurrenz sind durchaus relevant. Problematisch ist jedoch die Art und Weise, wie diese Fragen dargestellt und interpretiert werden.

5. Verfassungsrechtliche Dynamiken und politische Machtlogiken in der Côte d'Ivoire und in Kamerun

Die Analyse der Präsidentschaftswahlen 2025 in Côte d'Ivoire und Kamerun lässt sich nicht auf mediale Darstellungen beschränken, sondern erfordert eine vertiefte Auseinandersetzung mit den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen beider Staaten. In beiden Fällen steht die Verfassung im Zentrum politischer Auseinandersetzungen und fungiert zugleich als juristisches Instrument sowie als politisches Machtmittel.

Dabei zeigt sich, dass Verfassungen nicht ausschließlich als stabile normative Ordnungen fungieren, sondern als dynamische und politisch umkämpfte Dokumente, deren Interpretation und Veränderung eng mit Machtinteressen verbunden sind.

5.1. Kamerun: Aufhebung der Amtszeitbegrenzung und Institutionalisierung von Machtkontinuität

In Kamerun stellt die Entwicklung der Verfassung seit den 1980er Jahren ein zentrales Element der politischen Machtkonsolidierung dar. Als Paul Biya 1982 die Präsidentschaft übernahm, sah die Verfassung ursprünglich eine Begrenzung der Amtszeiten vor. Diese Regelung entsprach einem klassischen Modell präsidentieller Demokratien, in dem Machtwechsel institutionell abgesichert werden sollen.

Im Laufe der Zeit wurde diese Begrenzung jedoch aufgehoben. Durch eine Verfassungsänderung wurde die Möglichkeit geschaffen, unbegrenzt für das Präsidentenamt zu kandidieren. Diese Reform stellt einen entscheidenden Wendepunkt dar, da sie die institutionellen Voraussetzungen für eine langfristige Machtausübung erheblich verändert hat.

Die mediale Darstellung dieser Entwicklung konzentriert sich häufig auf die Person Paul Biya, der als „Langzeitherrscher“ beschrieben wird. Dabei wird jedoch oft nicht ausreichend berücksichtigt, dass diese Machtkontinuität nicht ausschließlich das Ergebnis individueller Entscheidungen ist, sondern auf institutionellen Veränderungen beruht, die politisch legitimiert wurden.

Die Abschaffung der Amtszeitbegrenzung kann aus zwei Perspektiven interpretiert werden. Einerseits stellt sie eine Einschränkung demokratischer Prinzipien dar, insbesondere im Hinblick auf die Rotation politischer Eliten. Andererseits kann sie im Kontext politischer Stabilität betrachtet werden, insbesondere in einem Umfeld, das durch regionale Konflikte und institutionelle Fragilität geprägt ist.

Mbembe weist darauf hin, dass Macht in postkolonialen Kontexten häufig durch eine Kombination aus institutionellen Strukturen und informellen Praktiken organisiert ist (A. Mbembe, 2001, S. 24). In diesem Sinne kann die kamerunische Verfassungsentwicklung als Ausdruck einer spezifischen politischen Rationalität verstanden werden, die Stabilität und Kontinuität über institutionellen Wettbewerb stellt.

Gleichzeitig bleibt festzuhalten, dass diese Form der Machtorganisation erhebliche Spannungen erzeugt. Die fehlende Möglichkeit eines institutionell geregelten Machtwechsels kann zu politischer Frustration führen, insbesondere unter jüngeren Bevölkerungsgruppen, die sich stärker an demokratischen Idealen orientieren.

5.2. Côte d'Ivoire: Verfassungsreform, „Dritte Republik“ und juristische Reinterpretation

Im Gegensatz zu Kamerun ist die verfassungsrechtliche Situation in der Côte d'Ivoire komplexer und stärker durch konkurrierende Interpretationen geprägt. Die Verfassungsreform von 2016 stellt hierbei einen zentralen Bezugspunkt dar.

Diese Reform wurde durch ein Referendum legitimiert und führte zur Einführung einer neuen Verfassung, die von der Regierung als Grundlage einer „Dritten Republik“ interpretiert wird. Auf dieser Basis argumentiert Präsident Alassane Ouattara, dass seine Kandidatur im Jahr 2020 nicht als dritte Amtszeit im Sinne der vorherigen Verfassung zu verstehen sei.

Diese Interpretation ist juristisch nicht eindeutig und wurde von der Opposition entschieden zurückgewiesen. Sie argumentiert, dass die Amtszeiten Ouattaras unabhängig von der Verfassungsänderung gezählt werden müssten und eine erneute Kandidatur somit gegen die Prinzipien der Amtszeitbegrenzung verstoße.

Die daraus resultierenden Spannungen führten zu erheblichen politischen Konflikten, die sich unter anderem in Protesten und gewaltsamen Auseinandersetzungen äußerten. Berichten zufolge kamen dabei zahlreiche Menschen ums Leben, was die Bedeutung der Verfassungsfrage für die politische Stabilität des Landes unterstreicht.

Die erneute Kandidatur Ouattaras im Jahr 2025 verschärft diese Debatte weiter. Während die Regierung argumentiert, dass die Verfassung eine solche Kandidatur erlaubt, betrachtet die Opposition dies als verfassungswidrig und als Ausdruck einer strategischen Manipulation rechtlicher Normen.

Aus einer analytischen Perspektive lässt sich diese Situation als Beispiel für die Politisierung von Verfassungsrecht interpretieren. Verfassungen fungieren hier nicht nur als rechtliche Rahmenwerke, sondern als Instrumente politischer Strategie.

Diese Dynamik steht im Einklang mit Mbembes Analyse der Postkolonie, in der formale Institutionen häufig flexibel interpretiert und an politische Bedürfnisse angepasst werden (A. Mbembe, 2001, S. 30). Gleichzeitig zeigt sich, dass diese Flexibilität zu erheblichen Konflikten führen kann, insbesondere wenn unterschiedliche Akteure konkurrierende Interpretationen derselben rechtlichen Normen vertreten.

5.3. Vergleichende Perspektive: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Ein Vergleich der verfassungsrechtlichen Dynamiken in Kamerun und der Côte d'Ivoire zeigt sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede.

Gemeinsam ist beiden Fällen, dass Verfassungen nicht als feste und unveränderliche Normen betrachtet werden, sondern als politische Instrumente, die im Kontext von Machtkämpfen interpretiert und angepasst werden. In beiden Ländern wird die Verfassung von der politischen Führung genutzt, um die eigene Position zu sichern und zu legitimieren.

Unterschiede bestehen jedoch in der Art und Weise, wie diese Prozesse verlaufen. In Kamerun erfolgte die Machtkonsolidierung durch eine klare institutionelle Veränderung, nämlich die

Abschaffung der Amtszeitbegrenzung. In der Côte d'Ivoire hingegen basiert die politische Strategie stärker auf der Interpretation bestehender Normen und der Einführung einer neuen verfassungsrechtlichen Ordnung.

Diese Unterschiede haben auch Auswirkungen auf die politische Dynamik. Während in Kamerun eine langfristige Stabilisierung der Machtstruktur zu beobachten ist, ist die Situation in der Côte d'Ivoire stärker von Konflikten und Auseinandersetzungen geprägt.

5.4. Implikationen für die Bewertung der politischen Situation

Die Analyse der verfassungsrechtlichen Dynamiken zeigt, dass einfache Bewertungen – etwa im Sinne einer dichotomen Unterscheidung zwischen „demokratisch“ und „undemokratisch“ – nicht ausreichen, um die politische Realität in Côte d'Ivoire und Kamerun angemessen zu erfassen.

Vielmehr ist es notwendig, die Wechselwirkungen zwischen rechtlichen Normen, politischen Interessen und gesellschaftlichen Erwartungen zu berücksichtigen. Verfassungen sind in diesem Kontext nicht nur juristische Dokumente, sondern zentrale Arenen politischer Auseinandersetzung.

Gleichzeitig bedeutet diese differenzierte Perspektive nicht, dass Fragen nach demokratischer Legitimität relativiert werden. Vielmehr ermöglicht sie eine präzisere Analyse der Bedingungen, unter denen politische Macht ausgeübt und legitimiert wird.

Schlussfolgerung und Ausblick

Die vorliegende Analyse hat gezeigt, dass die Präsidentschaftswahlen 2025 in Côte d'Ivoire und Kamerun nicht isoliert als nationale politische Ereignisse verstanden werden können, sondern als Ausdruck komplexer Wechselwirkungen zwischen politischer Macht, institutionellen Strukturen und medialer Darstellung. Dabei wurde deutlich, dass sowohl die politischen Entwicklungen selbst als auch ihre Repräsentation in der deutschsprachigen Presse durch spezifische Logiken geprägt sind, die eine differenzierte Betrachtung erfordern.

Auf politischer Ebene zeigt sich, dass Verfassungen in beiden Ländern eine zentrale Rolle spielen, jedoch nicht ausschließlich als stabile normative Ordnungen fungieren. Vielmehr werden sie im politischen Prozess interpretiert, angepasst und strategisch eingesetzt. In Kamerun manifestiert sich dies insbesondere in der Abschaffung der Amtszeitbegrenzung, die eine langfristige Machtkontinuität ermöglicht hat. In der Côte d'Ivoire hingegen steht die Interpretation der Verfassungsreform von 2016 im Zentrum politischer Auseinandersetzungen, die bis heute die Legitimität politischer Entscheidungen prägen. In beiden Fällen wird deutlich, dass verfassungsrechtliche Regelungen eng mit politischen Interessen verknüpft sind und nicht unabhängig von ihnen betrachtet werden können.

Gleichzeitig hat die Analyse der deutschsprachigen Berichterstattung gezeigt, dass diese politischen Dynamiken häufig in vereinfachter und normativ geprägter Weise dargestellt werden. Der sogenannte Journalismus der Ferne führt dabei zu einer Reduktion von Kontext und zu faktischen Ungenauigkeiten, während eurozentrische Perspektiven dazu beitragen, politische Entwicklungen primär im Hinblick auf ihre Abweichung von westlichen Demokratievorstellungen zu bewerten. Diese Darstellungsweisen ermöglichen zwar eine klare und zugängliche Vermittlung komplexer Themen, gehen jedoch häufig mit einem Verlust an analytischer Differenziertheit einher.

Die zentrale Erkenntnis des Beitrags liegt somit in der Feststellung einer doppelten Spannung, die einerseits reale politische Herausforderungen schafft, insbesondere im Hinblick auf Machtkonzentration, institutionelle Unabhängigkeit und demokratische Legitimität. Andererseits wird die Darstellung dieser Herausforderungen in den Medien durch spezifische Deutungsmuster geprägt, die ihre Komplexität reduzieren und bestimmte Perspektiven privilegieren. Diese doppelte Dimension macht deutlich, dass eine fundierte Analyse politischer Prozesse sowohl die empirische Realität als auch ihre mediale Konstruktion berücksichtigen muss.

Aus dieser Erkenntnis ergeben sich mehrere Implikationen. Erstens unterstreicht die Analyse die Notwendigkeit einer stärker kontextualisierten Berichterstattung, die lokale Perspektiven einbezieht und die historischen sowie institutionellen Bedingungen politischer Prozesse berücksichtigt. Zweitens zeigt sie, dass eine kritische Reflexion medialer Darstellungen unerlässlich ist, um ihre impliziten Annahmen und Begrenzungen sichtbar zu machen. Drittens verweist sie auf die Bedeutung interdisziplinärer Ansätze, die politische, mediale und gesellschaftliche Dimensionen miteinander verbinden.

Für die weitere Forschung ergeben sich daraus mehrere Ansatzpunkte. Insbesondere wäre es sinnvoll, die Perspektiven lokaler Journalistinnen und Journalisten sowie politischer Akteure stärker einzubeziehen, um ein umfassenderes Bild der untersuchten Prozesse zu erhalten. Darüber hinaus könnten vergleichende Studien zwischen unterschiedlichen Sprachräumen dazu beitragen, die Vielfalt medialer Darstellungsweisen und ihre Auswirkungen auf die Wahrnehmung afrikanischer Politik genauer zu untersuchen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Analyse der Präsidentschaftswahlen 2025 in Côte d'Ivoire und Kamerun nicht nur einen Beitrag zum Verständnis aktueller politischer Entwicklungen leistet, sondern auch grundlegende Fragen zur Beziehung zwischen Medien, Macht und Wissen aufwirft. Eine differenzierte und reflexive Auseinandersetzung mit diesen Fragen bleibt daher eine zentrale Aufgabe zukünftiger Forschung.

Bibliografie

Theoretische Referenzen

CHOMSKY Noam, 1988, *Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media*, New York, Pantheon Books.

MBEMBE Achille, 2001, *De la postcolonie: Essai sur l'imagination politique dans l'Afrique contemporaine*, Paris, Karthala.

SAID Edward, 1978, *Orientalism*, New York, Pantheon Books.

Journalistische Berichterstattungen

BACHES Zoé, 2025, «*Die Côte d'Ivoire ist keine gefestigte Demokratie*», in *Neue Zürcher Zeitung*, Zürich.

BRÖLL Claudia, 2025, «*Wahl in der Elfenbeinküste: Ist Tidjane Thiam Ivorer?*», in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Frankfurt.

ERIC Issio, 2025, «*Präsidentswahlen in Kamerun: Jugend gegen alte Macht*», in *Die Zeit*, Hamburg.

JOHNSON Dominic, 2025, «*Vor Wahlen in der Elfenbeinküste*», in *Die Tageszeitung*, Berlin.

JOHNSON Dominic, 2025, «*Wahlkampf in der Elfenbeinküste*», in *Die Tageszeitung*, Berlin.

MISTELI Samuel, 2025, «*Tidjane Thiam steht vor den Trümmern seines Lebens*», in *Neue Zürcher Zeitung*, Zürich.

MISTELI Samuel, 2025, «*Ex-CS-Chef Tidjane Thiam darf nicht kandidieren*», in *Neue Zürcher Zeitung*, Zürich.

«*Präsidentswahlen in Kamerun*», 2025, Deutschlandfunk Kultur, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/wahlen-in-kamerun-paul-biya-100.html>, (10.03.2026).

«*Präsident Ouattaras Machtwille spaltet die Elfenbeinküste erneut*», 2025, Deutsche Welle, <https://www.dw.com/de/pr%C3%A4sident-ouattaras-machtwille-spaltet-elfenbeink%C3%BCste-erneut/a-73482007>, (10.03.2026).

«*Langzeitherrscher in Afrika*», 2025, ZDF, <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/kamerun-praesident-alt-92-jahre-100.html>, (10.03.2026).

«*Präsidentswahlen in Kamerun*», 2025, ARD Audiothek, <https://www.ardaudiothek.de/episode/urn:ard:episode:adb831dfab67fc9c/>, (10.03.2026).

Processus d'évaluation de cet article:

- **Date de soumission: 22 mars 2026**
- ✓ **Date d'acceptation: 20 avril 2026**
- ✓ **Date de validation: 23 mai 2026**

KOUAKOU Sylvestre

Die Präsidentswahlen 2025 in der Côte d'Ivoire und Kamerun in der deutschsprachigen Presse: Zwischen Eurozentrismus, Fernjournalismus und verfassungsrechtlicher Instrumentalisierung